

Indien: Ein besonderer Weg in die Demokratisierung und Globalisierung?

JAKOB RÖSEL*

Abstract

India's experiment in mass democratization has been explained and legitimized with the help of a persuasive model: the ideal-type concept of the "dominant one-party system". Continuously elaborated and adjusted, it has served to analyze India's political evolution and idealize its peculiar variant of secularism, federalism and (Congress-dominated) party politics. In addition, it has upheld the Congress Party's ideology and programme. Like every model, it accentuates certain features, while marginalizing others – the mechanisms of political patronage, institutional decay, persistent poverty and caste politics. Partha Chatterjee's concept of a "political (caste) society", in contrast to a full-fledged civil society, opens the perspective to an analysis of the mechanisms and routines by which fully mobilized and assertive caste elites dominate and exploit parties, patronage and the state, especially at the regional and local level. The paper attempts, first, to demonstrate the ideological limitations of the prevailing "dominant party" model. Then it describes the arenas and procedures of the politicized caste society: the distribution of party "tickets", dynastic (caste) politics and competition for (caste) vote banks and a minimal winning coalition of castes. Finally, it outlines an accelerating clash of interests. Whereas the mobilized and politicized caste society occupies and exploits the institutions of the state and the "commanding heights" of the planned economy, the imperatives of market liberalization and globalization demand a retrenchment of caste patronage and a reform of strategic institutions on the basis of merit and open access – to ensure those growth rates on which India's political caste-society and mass-politics now depend.

Keywords

India, democracy, dominant one-party system, political (caste) society, elections

* JAKOB RÖSEL, bis 2014 Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock; jakob.roesel@uni-rostock.de.

1. Einleitung

Seit dem Einsetzen von Indiens Verfassung 1950, der Durchführung von Massenwahlen ab 1952 und der erfolgreichen Demokratisierung hat sich eine vom Congress und der westlichen Politikwissenschaft getragene Meistererzählung etabliert und bis heute fortentwickelt: parteipolitisch, ideologisch, empirisch. Dies ist die Lehre von dem Dominant-One-Party-System, also die Lehre vom Aufstieg und dem langsamen, produktiven Niedergang, aber nicht Fall, der Congress-Partei (Manor 1991: 62–70). 1947, nach der Unabhängigkeit und Teilung Britisch-Indiens war die Congress-Unabhängigkeitsbewegung mit unkontrollierbaren Hindu-Muslim-Massakern, ebenso wie weiteren regionalen Sezessionsbewegungen konfrontiert. Jawaharlal Nehru und die Congress-Führung optierten trotz drohender Anarchie und Gewalteskalation für den Dreischritt von Säkularismus, Föderalismus und Demokratie. Sie entschieden sich für dieses Ordnungs- und Herrschaftsdreieck unter dem neuen Erfolgszwang, nunmehr unter massendemokratischen Bedingungen Wahlen gewinnen zu müssen.

2. Das Standardmodell: Ein spezifisch indischer Säkularismus, Föderalismus und Demokratisierungsprozess

2.1 Säkularismus

Der Säkularismus verbot der Congress-Führung, den Congress in eine hindu-nationale Partei für die 83 Prozent starke Hindumehrheit zu verwandeln. Der Säkularismus verbot Nehru aber auch, den 12 Prozent Muslimen die ihnen vor der Unabhängigkeit garantierten Sitze (*reserved seats*) – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil – zuzugestehen. Da die Muslime fast überall eine Minderheit stellten, waren sie damit politisch marginalisiert oder gezwungen, den Congress zu wählen. Dieser war im Gegenzug bereit, angemessen viele Muslimkandidaten zu nominieren. Der Säkularismus verbot aber nicht die aktive Förderung der Ärmsten der Armen, der 15 Prozent Unberühmbaren und 7 Prozent Stammesbewohner. Ihnen blieben die bereits eingeführten *reserved seats* in den Parlamenten erhalten. Entsprechende Quoten wurden darüber hinaus in der Staatsverwaltung, den immerfort wachsenden Staatsindustrien und im Bildungswesen durchgesetzt. Das Spiel mit dem Säkularismus erlaubte es deshalb dem Congress, eine sogenannte „Minderheitenwählerkoalition“ zustande zu bringen. Auf abhängige Muslime und patronisierte Parias und Stämme gestützt, verfügte der Congress damit über einen Grundsockel von einem Viertel bis einem Drittel der indischen Wählerstimmen. Der Sockel wurde durch Wählerstimmen aus den

höheren Kasten ergänzt. Diese umfassen im Norden und Süden Indiens ungefähr 20 bzw. 10 Prozent. Damit erreichte der Congress bei den indienweiten und bei den Provinzwahlen rund 35 bis 45 Prozent der Stimmen (Morris-Jones 1967: 151-168). Unter einem britischen Mehrheitswahlrecht, einem First-Past-the-Post-System, genügte dies, um zwei Drittel der Parlamentssitze zu gewinnen. Dank Mehrheitswahlsystem, dank seinem „Säkularismus“ und dank dem Fehlen und der Uneinigkeit der Opposition dominierte der Congress damit das ganze System. Er schuf ein einerseits demokratisches, andererseits dominantes Congress-System. Zu dieser Dominanz trug aber auch der eigenartige Zentrismus des Congress bei. Er stand nicht nur in der Mitte des Parteiensystems, er war das Parteiensystem (Hardgrave 1975: 44–83). Diese expansive Mittelpunktstellung war ein Resultat des Congress-Föderalismus.

2.2 Föderalismus

Die Congress-Führung und Nehru sprachen überwiegend Englisch. Sie übernahmen ein British India, das zu drei Fünfteln aus Presidencies (Provinzen) und zu zwei Fünfteln aus Prinzenstaaten (einheimischen Fürstentümern) bestand. Nach Unabhängigkeit und Teilung gehen diese Prinzenstaaten in den Presidencies auf. Das musste diese Territorien noch zufälliger und heterogener machen. Keine der Kolonialprovinzen war sprachlich homogen, obwohl Indien über zwei Dutzend Regional- und damit zugleich Literatursprachen verfügte. Eine neue Ordnung der Provinzen, eine *state reorganisation*, war damit unumgänglich. Der Congress wollte diese mit einer Vernakularisierung, also einer „Vervolkssprachlichung“ der demokratischen Politik, verbinden. Die neuen Provinzen sollten nach dem Kriterium und nach den Grenzen der jeweiligen Landessprachen neu gebildet werden. In den jetzt zu 80 Prozent sprachlich einheitlichen Provinzen ist die jeweilige Landessprache – also Tamil, Marathi, Bengali oder Gujarati – Muttersprache, Unterrichtssprache, Geschäfts-, Verwaltungs- und Parlamentsprache. Die indische Politik wird damit, parallel zur Neubildung der heute 29 Gliedstaaten, volkssprachlich. Sie wird vielfältiger, sie wird regionalisiert: Es ist der Urheber dieser monumentalen Transformation, der Congress, der davon zunächst am stärksten profitiert (Forrester 1968: 1075–1094). Die Vernakularisierung und Regionalisierung verändern ihn. Nicht mehr die anglophone Spitze, sondern die erst 16, dann bis zum Jahr 2000 25 Gliedstaaten bilden jetzt die entscheidende Arena der Politik. Und es sind die regionalen Congress-Apparate, die „Bosse“ und ihre „Maschinen“, die jetzt die Politik generell und die Congress-Organisation im Besonderen bestimmen. Der *top down* High Command stehen jetzt *bottom up* die regio-

nalen Bosse entgegen. Alles das verändert und prägt, extensiviert und intensiviert die indische, also die Congress-Demokratie (Hardgrave 1975: 141–176).

2.3 Demokratie

Dank Mehrheitswahl, Minderheitenkoalition und Regionalisierung kann der Congress an der Spitze und in den 16 Bundesstaaten das System dominieren. Das hat eine Voraussetzung und eine Folge: die expansive Mittelpunktstellung des Congress. Seit Nehru und Gandhi den Congress leiten, also seit den 1920er Jahren, ist diese Unabhängigkeitsbewegung bürokratisch und demokratisch, also einerseits auf Satzung, auf Distrikt-, Provinz- und Nationalkomitees gestützt, andererseits ist sie aber auf interne Partiewahlen gegründet. Nach der Unabhängigkeit hält beides die nationalen und die regionalen Congress-Apparate zusammen. Um von den politischen Mobilisierungschancen der *state reorganisation* und Vernakularisierung zu profitieren, organisiert der Congress sogenannte *membership drives*. Wer im Congress mithilfe interner Wahlen aufsteigen will, zieht seine Klientele, seine Gewerkschaft, seine Kaste, Sekte oder Nachbarschaft in den Congress. Damit ist der Congress nicht mehr nur zentristisch, er wird zum Mikrokosmos der Kasten, Sekten, Interessen, Klassen, Berufe und Provinzen ganz Indiens. Sozialisten, Basarunternehmer, Gewerkschafter, Bauernverbände, Fundamentalisten und Regionalisten koexistieren nebeneinander. Der Parteienwettbewerb, der Streit der Ideologien und der Interessen findet nicht außerhalb, er findet innerhalb des Congress statt. Dank Mitgliederzuwachs und interner Wahlen und dank interner, vertikaler Mobilität bleibt der Congress offen, gut informiert und meritokratisch (Manor 1992: 37–59). Zugleich schwindet seine innere Integrations-, Konsens- und Entscheidungsfähigkeit. Er erstickt an seinem eigenen Erfolg. In mehreren Schüben kommt es seit den 1950er Jahren zu Parteiabspaltungen und Neugründungen. Die indische Demokratie wird repräsentativer, komplizierter, chaotischer und zugleich produktiver. Alles das treibt den Demokratisierungsprozess in den heute 29 Provinzen, in den rund 7.000 nominellen Kasten, in den heute 600 Distrikten, in den mehr als 2.000 Städten und 600.000 Dörfern voran. Diese Schübe der Parteigründungen folgen einer Logik des demokratischen Marktes: Seit den 1950er Jahren sind dies zunächst die Regionalparteien. Sie haben von den regionalen Congress-Politikern die Kunst der Patronage und die Inszenierungen einer regionalen Folklore gelernt. Mit den Wahlen von 1967 übernehmen sie in acht der 17 Gliedstaaten die Macht. In den 1970er Jahren zeigen sich die neuen Bauernparteien. Der Congress hat unter Nehru die Industrialisierung planwirtschaftlich vorangetrieben – gestützt auf

seine Minderheitenwähler und die hohen Kasten. Über 20 Jahre hat er deshalb zwei Drittel der indischen Bevölkerung, also die Bauern und ihre Kasten, die große Mitte zwischen „Zweimalgeborenen“ und Unberührbaren vernachlässigt – finanziell, ideologisch, sozial. Die Bauernkasten schlagen jetzt zurück – im sogenannten Kuh- und Hindi-Gürtel des Nordens. Immer dort, wo es eigenständige mittelständische Bauern und deren Kasten gibt, findet eine neue Bauernpartei provinzübergreifend Wähler (Varshney 1998: 81–145). Eine Koalition von Congress-Gegnern und Bauern kann den Indira-Congress sogar 1977 aus dem Zentrum der Macht vertreiben. Während der 1980er Jahre zeigt sich auf der gesamtindischen Ebene eine dritte parteipolitische Alternative. Ein bislang verachteter, auf Nordindien, die Städte und den Mittelstand marginalisierter sektarischer Hindu-Fundamentalismus hat sich nunmehr in eine hindu-nationalistische Alternative gewandelt: Die „indische Volkspartei“, Bharatiya Janata Party (BJP), wird jetzt zum gesamtindischen Rivalen des Congress (Andersen et al. 1987). Die 1990er Jahre erzeugen schließlich einen vierten Schub und zugleich neue Spielräume. In Indiens größtem, inzwischen 200 Millionen Menschen umfassenden Gliedstaat Uttar Pradesh entsteht eine eigenständige Partei der Unberührbaren. Zugleich zeigt sich auf der gesamtindischen Ebene eine neue Konstellation. Aus dem Dominant-One-Party-System des Congress ist jetzt, nach 50 Jahren, vordergründig ein Zweiparteiensystem (BJP vs. Congress) hervorgegangen. Beide Parteien sind zentristisch, die eine rechts, die andere links von ihrem jeweiligen Eigennutz und schrankenlosen Opportunismus. Dieser Schein trägt allerdings. Die beiden Volksparteien kommen inzwischen jeweils nur noch auf rund 20 bis 25 Prozent der Stimmen und mittlerweile auch Sitze: Die ursprünglich verfeindeten Oppositionsparteien haben inzwischen die Kunst der Wahlabsprachen und Koalitionen erlernt. BJP und Congress müssen deshalb mit Hilfe weiterer, überwiegend entweder regionaler, kommunistischer oder bäuerlicher Parteien regieren (Rösel / Gottschlich 2008: 34–41). Der politische Niedergang und zugleich der demokratische, strukturelle Erfolg des Congress haben deshalb zu einem neuen Koalitionsmodell und zu einem Allianzzwang geführt. Dabei gibt es drei Varianten, die inzwischen auch auf der nationalen Ebene mit Erfolg praktiziert wurden: 1996 übernimmt eine Regional-, Links- und Bauernkoalition aus mehr als 25 Parteien die Macht. Sie wird vom Congress aus opportunistischen Gründen 1998 gestürzt. Jetzt übernimmt eine ebenfalls 20-teilige BJP-Koalition die Regierung. Sie kann ihre Macht bei Neuwahlen ein Jahr später ausbauen. 2004 kehrt allerdings, nach über einem Jahrzehnt, der Congress unter Sonia Gandhi, der italienischen, katholischen Witwe Rajiv Gandhis, an die Macht zurück – zunächst im Rahmen einer 23 Parteien umfassenden Koalition. Fünf Jahre später, 2009, kann dieses komplexe

Bündnis, die United Progressive Alliance (UPA), seine Macht ausbauen (Gottschlich 2009: 221–253).

Über 50 Jahre hinweg hat damit der Congress aus aufgeklärtem Eigeninteresse ein ihm maßgeschneidertes System des indischen Säkularismus, des Föderalismus und der Demokratie errichtet. Diese Congress-Demokratisierung hat am Ende das dominante Congress-Einparteiensystem, aber nicht den Congress selbst obsolet gemacht. Ohne Willen und ohne Bewusstsein hat er eine Megademokratie geschaffen – für ein Sechstel der Erdbevölkerung, 1,2 Milliarden Menschen, das Äquivalent der gesamten übrigen demokratischen Welt. Diese Demokratie stützt sich auf etwa zwei Dutzend Großparteien. Diese Parteien beherrschen Gliedstaaten, deren Bevölkerungen im Durchschnitt doppelt so groß sind wie diejenigen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Demokratische Macht wird hier ausgeübt im Rahmen von drei Koalitionsvarianten – Congress-säkular, hindu-zentristisch oder regional-demokratisch – im Rahmen von jeweils 20 bis 30 Parteien umfassenden Regierungen mit entsprechend großen, manchmal fast 100 Mitglieder umfassenden Kabinetten. Diese Herrschaftsform ist nicht dysfunktional und chaotisch, sondern der Komplexität und Größe der Union angemessen. Sie spiegelt überdies den Faktionalismus indischer Parteien wieder.

Dies ist die seit 50 Jahren immer wiederholte und verfeinerte Meistererzählung. Sie ist 50 Jahre alt, will aber noch immer nicht sterben (Morris-Jones 1967; Forrester 1968; Hardgrave 1975; Manor 1991, 1992). Für die Congress-Politiker, ebenso wie indische, anglophile Demokraten ist sie unwiderstehlich, denn sie verbindet die Analyse eines Systems ununterscheidbar mit der Ideologie einer Partei, aber auch mit einer die Welt beeindruckenden Leistung Indiens. Für westliche Beobachter ist das idealtypische Modell unverzichtbar. Nur mit diesem Modell kann ein demokratischer Subkontinent von der Größe Europas zumindest vordergründig erklärt und verstanden werden. Wie alle Erklärungsmodelle blendet aber auch dieses wesentliche Fragen, politisch unangenehme Fakten und moralisch peinliche Aspekte aus. Auf diese Defizite angesprochen, erinnern die Congress-Intellektuellen gerne daran, dass der Congress im Gegensatz zu den meisten europäischen Parteien immer vor drei Aufgaben stand, die keine westliche Partei oder Regierung jemals gleichzeitig zu bewältigen hatte: Der Congress musste und muss in einem Atemzug ein archaisches Bauernvolk erstens urbanisieren und industrialisieren, zweitens alphabetisieren und drittens demokratisieren. Prozesse, die in Westeuropa über zwei Jahrhunderte und um Jahrzehnte hintereinander gestaffelt abliefen, verlaufen in Indien seit 1947 gleichzeitig (Lipset / Rokkan 1967). Diese dreifache Herausforderung wird zusätzlich immens erschwert durch eine parallel dazu verlaufende

Vervierfachung der Bevölkerung – 1947: 340 Millionen, 2014: mehr als 1,2 Milliarden. Die Demokratisierung entwickelt sich darüber hinaus unter welthistorisch neuen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und in einem Subkontinent, der in den letzten drei Jahrtausenden nie, es sei denn von Fremden, dauerhaft geeint war. Die Gesellschaft, in der Demokratie durchgesetzt werden soll, ist durch Dutzende von Sprachbarrieren getrennt – selbst heute sprechen nur 40 Prozent der Bevölkerung Hindi. Das Gesellschaftsmodell basiert auf dem Prinzip der vollkommenen sozialen, politischen, ökonomischen und religiösen Ungleichheit der Menschen, also dem Kastensystem. Der Verstärkerungs- ebenso wie der Alphabetisierungsgrad Indiens lagen zu Beginn der Unabhängigkeit weit unter 10 Prozent. Das sind beeindruckende Hemmnisse. Sie verdeutlichen nicht nur die Leistungen des Congress, sondern auch die exemplarische, die universale Bedeutung des indischen Abenteurers. Diese historischen und soziologischen Ermahnungen verweisen zugleich auf Defizite im Meistermodell des Dominant-One-Party-Systems. Gibt es eher soziologische und kulturelle, stärker lokalisierte und mikrostrukturelle Erklärungsansätze, die ein Pendant zur „Meistererzählung“ liefern und die zugleich die Ungleichheiten, Risiken und Fehlentwicklungen des indischen Demokratiemodells ins Licht rücken?

3. Die politisierte Kastengesellschaft

Der indische Soziologe Partha Chatterjee hat dies versucht. Sein Ansatz analysiert den indienspezifischen Gegensatz von politischer und bürgerlicher Gesellschaft (Chatterjee 2003: 134–144). Er unterscheidet zwischen der *political society* und der *civil society* (ibid.: 135–138). Die „politische Gesellschaft“ ist dabei jene verwirrende und deshalb gern übersehene fort-dauernde traditionelle, bäuerliche Lebens- und Organisationsform. Diese Struktur, dieser Habitus muss mit Modernisierung und Demokratie paktieren und kooperieren. Die politische Gesellschaft kann das und will es. Diese politische Gesellschaft ist eine der ererbten Berufe, der „ererbten“ Clangenossen, Kastenverbündeten, der Heirats-, Glaubens- und Patronage-Netzwerke. Sie ist geprägt von zugeschriebenen und „ererbten“ „Markern“, Identitäten und Eigenschaften. Weit entfernt, am Ende eines vom Dorf aus kaum überschaubaren Horizonts, mag die *civil society* stehen: Eine Gesellschaft der freiwilligen Assoziationen und der erworbenen, modernen Identitäten, ebenso wie der individualisierten Eigenschaften. Die alte, ländliche Gesellschaft ist und war stets politisch, heute ist sie hineingestellt in Wahlkämpfe und politische Abhängigkeiten. Sie beherrscht Taktiken und sie steht unter Entscheidungszwängen. Diese Mittel und Zwänge entschei-

den in Indien seit nunmehr 50 Jahren über Aufstieg oder Abstieg und über Wohlstand oder Armut der Familienclans, der Kasten und der Regionen. Wir sprechen von einer Kultur der Bauernschläue, einer politischen Gesellschaft der ererbten, aber trotzdem verhandelbaren Loyalitäten. Wir sprechen von einer Übergangszone des notgedrungenen Vertrauens, wachsend modifiziert durch den klar kalkulierten Tausch. Diese „Modernität der Tradition“ hat das gesamte demokratische System, sein Personal, seine Organisationen und seine Aktionsformen geprägt. Da es in nur sechs Jahrzehnten zu einer neuen landesweiten Balance gefunden hat, fällt es schwer zu sagen, ob die „politische Gesellschaft“ nur eine Etappe auf dem Weg der Modernisierung ist oder ob sie sich inzwischen als die unersetzbare Form einer „indischen Moderne“ etabliert hat (Jenkins 2007: 161–174). Am besten kann man sie *bottom up*, also bei den regionalen und nationalen Wahlkämpfen, erfassen, keineswegs *top down* entlang der Perspektive der konventionellen politikwissenschaftlichen Standarderzählung. Im Folgenden soll deshalb die „politische“, also die politisierte und wachsend (ver)handlungsfähige Kastengesellschaft bei der Arbeit, im politischen Geschäft betrachtet werden. Damit erhoffen wir uns einen Blick von unten in die Innen- und Unterseiten der indischen Demokratie und ihres Makromodells. Zunächst aber gilt es, den „Marktplatz“ der politischen (Kasten-)Gesellschaft zu betrachten.

Nach vier Schüben der Parteienbildung – Regionalparteien, Bauernparteien, hindu-nationale BJP und eine inzwischen überregionale Unberührbaren-Partei – stehen bei Wahlkampfbeginn dem Congress inzwischen genügend Gegner und potentielle Koalitionspartner gegenüber. Drei mögliche Konstellationen zeigen sich in den 29 Gliedstaaten: 1. Congress gegen BJP, 2. Congress gegen Bauernparteien (vor allem im Norden), 3. Congress gegen eine oder (vorteilhaft für den Congress) mehrere Regionalparteien. Hinzu kommen die kommunistischen Parteien, die in Westbengalen und in Kerala als starke und schwache Regionalparteien operieren. In Uttar Pradesh steht den etablierten Parteien seit über zehn Jahren nunmehr die Unberührbaren-Partei der unerwartet erfolgreichen Mayawati gegenüber, die BSP. Uttar Pradesh bildet darüber hinaus einen Sonderfall, der die regionale und nationale Politik miteinander verbindet: Es ist mit inzwischen etwa 200 Millionen Einwohnern der „virtuell“ fünftgrößte Staat der Erde. Uttar Pradesh entsendet deshalb 80 Abgeordnete, ein Siebtel aller Member of Parliament (MP), nach Delhi. Der Schwanz wackelt mit dem Dackel. Uttar Pradesh gilt deshalb als Zentralarena, Experimentierfeld und Omen indischer Politik (Brass 1965).

Die erste Wahlkampfentscheidung einer jeden Partei gilt der Wahl der passenden Koalitionspartner. Dabei werden lokal und regional konzentrierte Regionalparteien bevorzugt, denn in einem System der Single Member

Constituencies muss der Wahlkreiskuchen unter den Koalitionspartnern möglichst konfliktfrei aufgeteilt werden (Elliott 2012). Da lange Zeit die regionalen und die nationalen, die Lok-Sabha-Wahlen gleichzeitig erfolgten und zum Teil bis heute erfolgen, wurde in vielen Fällen ein Ausgleich ausgehandelt. Diese Praxis wird oft beibehalten, auch wenn die Wahlen nicht mehr überall gleichzeitig stattfinden. Der Congress und die BJP verlangen möglichst viele Lok-Sabha-Kandidaturen, im Gegenzug werden den Allianzpartnern mehr Provinzkandidaturen, also entsprechende Wahlkreise, überlassen. Die Allianzverhandlungen werden von Congress und BJP nicht national, sondern jeweils auf regionaler Ebene und auch dort mit Diskretion geführt. Die überwiegend regionalen Allianzpartner dürfen weder verwöhnt noch an die Gegner verloren werden. Alle Regionalpartner wissen um ihren Wert und handeln bereits im Vorfeld oft erhebliche Subsidien und Geschenke für ihren jeweiligen Staat aus. Regional und national herrscht, vor allem bei neu gegründeten Parteien, ein schrankenloser Allianz-Opportunismus – *parties for hire*. Erst ganz am Ende werden die regional ausgehandelten Arrangements auf nationaler Ebene zu einem Gesamtkoalitionskonzept zusammengeführt – mit den wichtigsten Koalitionspartnern. Es entsteht dann eine UPA oder eine NDA, also die United Progressive Alliance oder die National Democratic Alliance. Die großen regionalen Protagonisten der Allianzen signalisieren dann im Nebel der Ungewissheit bereits ihre Wünsche auf künftige Ministerressorts in Delhi. Die Allianzfrage verbindet sich oft mit der Festlegung auf ein gemeinsames Wahlprogramm und mit der Vergabe der „Tickets“ für Kandidaturen als nationale MPs oder regionale Members of Legislative Assembly (MLAs).

60 Jahre nach dem Beginn der allgemeinen und geheimen Wahlen, also nach 15 Lok-Sabha- und mehr als 300 Landtagswahlen, ist das Primat der wahldemokratischen Politik unangefochten. Jeder Unternehmer, Bauernfunktionär, Gewerkschafts-, Sekten- oder Kastenführer weiß, dass er seine Macht politisch und parlamentarisch absichern muss. Damit ist der Preis der Kandidaturen, der „Tickets“, immens gestiegen. Zugleich hat sich angesichts der gestiegenen Parteienvielfalt die Kontrolle der Parteien, auch des Congress, über ihre jeweiligen MPs und MLAs gelockert. Die Ticketvergabe erfolgt damit auf einem informellen und konfliktträchtigen Markt. Die Parteien, also die Chefs, sind zu Ticketverkäufern geworden. Tickets müssen *incumbents*, „sitzenden“, also bislang amtierenden Parlamentariern eventuell entzogen werden. Newcomer, Rückkehrer oder Überläufer müssen damit honoriert werden. Wenn bei Provinzwahlen, etwa in Andhra Pradesh, Immobilienhändler mehr als zwei Millionen US-Dollar für ein Ticket bezahlen, dann zeigt dies den Wert einzelner Wahlkreise (Elliott 2012: 354). Entzug, Neuvergabe, Wiedervergabe bedeutet bei einem mittleren Bundesstaat – wie

Andhra Pradesh, 80 Millionen Einwohner –, dass der Congress für die Lok Sabha 40, für die Legislative Assembly rund 300 riskante Einzelentscheidungen treffen muss. Das führt zu Tumult und Konflikten. Die Verlierer beschließen, als „Unabhängige“ (Independents) anzutreten oder bei einer Gegenpartei, häufig sogar bei einem Allianzpartner, anzuheuern. Der Streit um die Tickets verbindet sich leicht mit Streitigkeiten innerhalb der Allianzen. In einzelnen Fällen fügt sich eine Allianzpartei nicht der beschlossenen Kandidatenaufteilung. Sie lässt eigene oder übergelaufene Kandidaten gegen diejenigen der Allianz antreten, „zum freundschaftlichen Wettbewerb“. Für alle Parteien ist die Ticketfrage, der Einstieg in das politische Geschäft, höchst brisant. Die Parteichefs vermeiden Schaden, indem sie die Tickets nicht öffentlich, sondern zunächst geheim vergeben. Es kommt vor, dass alle ehemaligen Parlamentarier plus die neuen Aspiranten im Parteihauptquartier eingesperrt werden. Zusätzlich werden die Leitungen gekappt und Handy-„Jammer“ eingesetzt (Elliott 2012: 354). Schließlich verzögern die Parteibosse die Ticketvergabe, bis ihre zumeist größeren Konkurrenten die Ticketveröffentlichung vollzogen haben. Das bringt doppelten Nutzen. Sie halten ihre Aspiranten *in shock and awe*. Außerdem können sie jetzt kurz vor Wahlbeginn Geschäfte machen: Sie verkaufen Tickets höchstbietend an die wütenden Verlierer der Konkurrenzparteien. Diese Aussicht hält die eigenen Bewerber klein.

Tickets werden aber nicht nur einfach gekauft, ebenso wenig wie Wählerstimmen einfach gekauft werden können. In der *political society* muss der erfolgreiche Kandidat über bestimmte ererbte Merkmale, also ererbte Netzwerke und Abstammungsgruppen, verfügen – in der jetzt politischen Kastengesellschaft über eine Kaste. Und da die Kastengesellschaft aus mächtigen und ohnmächtigen, verhandlungsstarken und verhandlungsschwachen, nehmenden und gebenden Kasten besteht, so determiniert dieses Gefälle die Kastenherkunft der Parlamentarier, die Zusammensetzung ihrer Wählerklientel und die Gesamtorientierung der Parteien. Dies ist immer noch ein Forschungstabu für die indischen Politikwissenschaftler, aber für die Fälle, wo Untersuchungen vorliegen, ist der Sachverhalt eindeutig: Tickets werden vorrangig an Kandidaten vergeben, die der Minderheit der höheren Kasten entstammen und qua Statusvorrang auch andere, also mittlere oder niedere, Kastengefolschaften mobilisieren konnten und können. Tickets werden aber seit drei Jahrzehnten zunehmend auch an die millionenstarken dominanten Bauernkaste vergeben, die überall, ob mit höherem „Zweimalgeborenen“-Status im Norden oder mit niederem Status im Süden, die Dörfer und damit zwei Drittel der indischen Bevölkerung und Wähler beherrschen (Jaffrelot 2007: 72). Tickets erhalten aber auch Unberührbare, nicht, weil man wie bei den anderen auf deren Mobilisie-

rungsfähigkeit setzt, sondern weil die Quote, die Einrichtung der *reserved seats* für Unberührbare, dazu zwingt. Die Partieliten sind damit seit 60 Jahren nicht mit einer selbstbewussten Klassengesellschaft, sondern mit einer politischen Gesellschaft, also mit verhandlungsfähigen Agglomerationen und Hierarchien von Kasten, konfrontiert. Um die millionenstarken *vote banks* der Kasten zu sichern, braucht man Mitglieder dieser Kasten. Der Congress hat sich jenseits seiner Minderheitenwählerkoalition für Kandidaten aus den höheren Kasten und schließlich der niederen Bauernkasten entschieden. Die Regionalparteien haben sich seit jeher vorrangig auf diese bäuerliche Klientel verlassen. Lediglich die BJP hat erst langsam, unter dem Zwang der Massenpolitik, ihre vorrangig städtische, brahmanische und mittelständische Klientel um Bauernkasten, manchmal sogar um Parias und Muslime erweitert, zum Beispiel in Uttar Pradesh (Jaffrelot 2007: 76, 78). Die dem Wahlerfolg zugrunde liegende Wahl- und Ticketarithmetik ist deshalb seit den 1960er Jahren von brutaler Offenheit. Es zählen nicht die vorgeblich 2.387 Kasten, die der Zensus von 1901 glaubte gefunden zu haben, es zählen auch nicht die zuletzt 1891 vermerkten, nach Tausenden zählenden Unterkasten, gesamtindisch vermutlich mehr als 10.000. Was zählt, sind die pro Gliedstaat selten mehr als zehn großen Kasten, welche die Dörfer, die Basare, den Transport, die Cash-Crop-Produktion und die Verschuldung beherrschen und nutzen. Zunächst der Congress, dann alle übrigen Parteien, inzwischen auch die Unberührbaren-Partei BSP, haben Mitglieder dieser Kasten rekrutiert, kooptiert, befördert, als Kandidaten aufgestellt. Jetzt, Jahrzehnte später, haben sie sich personell in einen Club dieser Kastaneliten verwandelt. Kamma und Reddy sind die zwei wichtigsten dominanten Bauernkasten in Andhra Pradesh, neben den Kapu; sie bilden 13 Prozent der Bevölkerung, aber 41–44 Prozent der Abgeordneten – 1952 ebenso wie fast 60 Jahre später 2009 (Elliott 2012: 356). In Uttar Pradesh gibt es acht Forward Castes, es zählen aber vor allem Brahmanen und Rajputen, zusammen rund 20 Prozent der Bevölkerung. Es gibt mehr als 25 Other Backward Classes (OBCs), aber nur Yadav und Kurmi zählen wirklich. Zusammen stellen diese vier Kasten (Brahmanen, Rajputen, Yadav und Kurmi) ein Drittel bis die Hälfte aller Abgeordneten – 1952 genauso wie 2002 (Jaffrelot 2007: 75–81). Man muss also die großen *vote banks* gewinnen, ohne diejenigen der kleinen Kasten zu vernachlässigen. Immer muss das Ziel sein, eine *minimum winning coalition of castes* zu sichern. Das geht nur über Mitglieder dieser Kasten – ob diese Politiker von Anfang an oder erst dank dem Parlamentssitz groß sind. Kein Öl ohne Prospektoren, keine Wahlsiege ohne einflussstarke Kastenführer. Die politische (Kasten-)Gesellschaft überträgt sich damit wie von selbst in die Partei, vor allem in ihre Führungsspitze. In den Provinzregierungen von Andhra Pradesh ebenso

wie in denen von Uttar Pradesh ist der Vorrang der zwei bzw. vier Kasten besonders prägnant – einerseits. Andererseits müssen die Parteien und heute die Allianzen dafür Sorge tragen, auch die Führer kleinerer Kasten mit einem Ministeramt zu versehen – daher die unaufhörliche Größensteigerung der Kabinette.

Die Einwanderung der wichtigsten Kasten in den Partei-, Parlamentarier- und Regierungsapparat führt wie von selbst zu einer weiteren traditionalistischen Konsequenz. Es entstehen politische Familien und Dynastien, nicht nur in Delhi mit einem Rahul Gandhi in der vierten Generation, sondern in den Gliedstaaten (Gowda et al. 2007: 17–19). Der erfolgreiche Ministerpräsident, Minister und MLA kann durchsetzen, dass seine Ehefrau, seine Söhne und Schwiegersöhne Tickets erhalten. Die Parteien, Congress wie Regionalparteien, werden inzwischen von Familien beherrscht oder auf mittlerer Ebene durch Familien stabilisiert. Ein Ticketentzug ist hier eine Kriegserklärung. Alle Parteien kooptieren Kastenpolitiker, sie konkurrieren zunehmend um die gleichen *vote banks*, um die gleiche Kasten Klientel. Die Kastengesellschaft wird mit anderen Worten immer politischer. Sie wird selbstbewusster, unberechenbarer, eventuell fragmentierter. Dennoch: Bislang zeigt sich nicht der „individuelle Wähler“.

Neben der Ticketvergabe muss aber auch über ein Wahlprogramm entschieden werden: Auf der Ebene der nationalen wie der regionalen Allianzen enthält es Plattitüden, auf der allein entscheidenden Ebene der Kandidaten wandelt sich das Programm zum Wahlgeschenk. Das zeigt sich bereits bei der jetzt notwendigen feierlichen Eröffnung des Wahlkampfes. Die Partei organisiert im Stile der saisonalen Hinduprozessionen (*yatra*) Umzüge, in denen sie ihre Kandidaten und Plakate herumführt und erste Geschenke verteilt. 2009 hat ein Telugu-Filmstar in Andhra Pradesh eine neue Partei, „Herrschaft des Volkes“, gegründet. Den Wahlkampf eröffnet er mit dem obligaten Besuch des größten und reichsten Tempels von Südindien, Tirupati. Alle Kandidaten werden vom (Regional-)Gott Vishnu, hier Lord Venkateswara, mit *prasadam*, also „Götterspeise“, gesegnet. Während dieser Eröffnungsparaden oder Tempelbesuche werden erste Geschenke verteilt. In Andhra Pradesh sind es im Jahr 2009 100 Rupien und zwei US-Dollar für die Männer, Frauen erhalten die Hälfte. Dazu gibt es Essen, Nahrungspakete und Schnaps (Elliott 2012: 358–363). Entscheidend sind aber die künftigen Geschenke: Hier werden Farbfernseher für arme Familien, Mitgiftzahlungen zur Verheiratung von Waisenmädchen, Neubauten für Katastrophopfer, monatliche Geldtransfers an Tagelöhner, Schulspesungen und vieles mehr versprochen. Vor allem aber kämpfen die Politiker um die Bauern. Die Parteien überbieten sich wechselseitig im Versprechen, den Bauern ihre Elektrizitätsrechnungen für die Wasserpum-

pen und die Kosten für den Kunstdünger zu erlassen, beispielsweise in Tamil Nadu (Rösel 1995: 271–274; Rösel 1999: 149–158). Für die Armen gibt es dagegen Reissubventionen. Zu den eher exotischen Versprechen gehören kostenlose Grundstücke für Journalisten oder eine Verdoppelung der Rente für die über 100-Jährigen (Elliott 2012: 359).

Der Wahlkampf ist darüber hinaus von Gewalt gekennzeichnet, der Wahltag ebenfalls: Zwar wird unter einem massiven Polizeieinsatz und oft in mehreren Schüben – 2014 gab es bei den Lok-Sabha-Wahlen nicht weniger als neun Wahlphasen – sowie unter umfangreicher Wahlbeobachtung gewählt, aber Bestechung, Einschüchterung, Patronage und gelegentliche Wahlfälschungen lassen sich nicht verhindern. Während der Wahljahre zeigt sich die Macht und Eigenständigkeit der National Election Commission (NEC) und ihres Chief Electoral Officer (CEO). In Indien ist diese Institution eine von vielen Seiten angefeindete vierte Gewalt. Sie verfügt über Sondervollmachten, die allein einen in Grenzen friedlichen Wahlkampf sichern. Unter ihrer Aufsicht werden pro Einzelstaat hunderte von Straßensperren errichtet. Mit ihnen versucht die Polizei, die immensen Geldtransporte aufzuspüren: In Taxis, Vespas, Krankenwagen, Gemüsewagen und Bauernkarren transportieren die Wahlkämpfer illegal ihre Wahlkampfgelder und Wählerhonorare. Geld wird in Ersatzreifen und Baumwollbündeln versteckt. Die NEC beordert distriktfremde Polizeikräfte in jene Wahlkreise, in denen lokale Grundbesitzer und Landtagsabgeordnete die Polizei gekauft haben. Die NEC stellt der Polizei im Vorfeld tausende von Blankohaftbefehlen ohne Kautionsmöglichkeit zur Verfügung und sie heuert Massen von „Videographen“ an, um die notorisch straffälligen Kandidaten und vor allem ihre *goonda* (Schläger) inhaftieren zu können. In einzelnen Provinzen verlangte der CEO, dass während des Wahlkampfs alle Beamtenbeförderungen und Versetzungen nicht mehr im Büro des Ministerpräsidenten, sondern im eigenen entschieden werden müssten – das sollte die Patronage blockieren. Inzwischen sind solche Beförderungen in den Wahlkampfphasen verboten – mit bislang unklarem Erfolg. Vor allem aber hat die NEC damit begonnen, die Wählerlisten zu reinigen und Fotoausweise an die Registrierten zu vergeben – zur Sicherheit werden die Namen und Fotos der Wahlberechtigten lokal ausgehängt und im Internet gezeigt. Dennoch bleiben erhebliche Mängel bestehen: Die Kandidaten von sozialkritischen Kleiparteien verstecken sich während des Wahlkampfes aus Angst, Schlägertrupps könnten sie zum Rückzug ihrer Kandidatur zwingen. In entlegenen Regionen müssen die Unberühbaren (Dalits) oder Stämme (Adivasis) viele Kilometer zur Wahlstation wandern – ohne Schutzgarantie. Holzbrücken auf dem Weg, Wahlurnen oder Wahlhelfer können über Nacht verschwinden (Wilkinson 2004; Wilkinson 2007: 34). Vor allem die Parteien haben auf-

und gegengerüstet. Die Kandidaten und ihre Goonda-Bataillone verfügen über Handys. Das Hauptquartier versorgt sie mit umfassenden Wirtschafts-, Sozial- und Kastenstatistiken zum Wahlkreis. Die Aktionen werden immer spektakulärer. Da gibt es die „Fußprozessionen“ (*padayatra*), bei denen sich der Ministerpräsident zu Fuß zu seinen Wählern aufmacht. Da ist der Kandidat, der 100 Dörfer an einem einzigen Tag besucht. Andere erscheinen mit einem Autobus, aus dessen Inneren sie sich mit Hilfe eines hydraulischen Krans göttergleich in die Luft erheben – so einst N. T. Rama Rao in Andhra Pradesh. Vor allem nehmen die Parteien jetzt die neuen Medien in Anspruch. Dutzende von Privatkanälen und -sendern ebenso wie zahlreiche Zeitungen berichten über den Wahlkampf und dienen der Parteipropaganda. Elektronikfirmen, die innerhalb von acht Stunden zehn Millionen SMS oder fast 300.000 Telefonanrufe versenden, werden von den Kandidaten eingesetzt. Jede große Partei hat inzwischen ihr eigenes Callcenter.

Die Wahlergebnisse selbst treffen inzwischen, dank der elektronischen Wahlmaschinen, schnell ein. Um das Ergebnis selbst wird auch dank der NEC-Aufsicht kaum gestritten. Schwieriger aber ist die jetzt notwendige Regierungsbildung. Um nicht nur die Allianzpartner, sondern die hinter ihnen stehenden Kasten und Kastensegmente zufrieden zu stellen, müssen besonders große Regierungskabinette gebildet werden. Oft gilt es auch, straffälligen, aber nicht verurteilten Wahlsiegern die Immunität eines Ministeramts zu verschaffen. Während dieser schwierigen Verhandlungen müssen die neuen Abgeordneten eingeschlossen werden. Die Oppositionsparteien machen ihnen jetzt höchst lukrative Überlaufangebote. Es kommt vor, dass einzelne der Umworbenen aus dem Fenster springen, um der Opposition beizutreten. Alle Abgeordneten aber versuchen nunmehr, die immensen Ausgaben für Tickets, Wählerbestechung, Wahlkampfveranstaltungen und Medienpropaganda wieder hereinzubekommen. Dabei müssen sie zugleich ihre Patronage-Zusagen an die Kastengefolschaften honorieren. Diese Rechnungen müssen bald beglichen werden: 2009 hat etwa der Ministerpräsident von Andhra Pradesh bereits während des Wahlkampfes seine Vertrauten aufgefordert, 57 engagierte Parteiarbeiter aufzulisten – um sie künftig mit Beamten- und Parteiposten zu belohnen. Damit wird die wachsende Bedeutung und Rentabilität der Macht-, Beamten- und Parteiposten unausweichlich. Über 60 Jahre ist diese Bedeutung soweit gestiegen, dass der Machtwettbewerb, der Wahlkampf nicht nur immer operettenhafter, sondern immer gewalttätiger geworden ist. Während der 1960er und 1970 Jahre sind gerade einmal vier MPs und MLAs ermordet worden, während der 1980er und 1990er Jahre bereits 46. Aber diese Verzehnfachung ist nur die Spitze des Eisbergs. Die politische Gewalt zeigt sich weiter unten auf der Ebene der Parteiarbeiter, der Gefolschaften, der Aktivisten und

Schlägertrupps. So werden in Bihar in den 1990er Jahren nur fünf Abgeordnete, aber 371 politische Aktivisten oder Parteiarbeiter erschlagen (Wilkinson 2007: 34). Mit zu dieser Gewalt gehört aber auch der routinemäßige Einsatz von Schlägertrupps, ebenso wie die Bereitschaft der BJP, Pogrome gegen Muslime anzuzetteln, um sich am Wahltag als Bewahrer der Hindu-Interessen darzustellen – auf Kosten des Congress (ibid.: 36). Mit der steigenden Gewalt verbindet sich die steigende Kriminalität. Ein NEC-Report dokumentierte 1997, dass 40 der 543 Lok-Sabha-Abgeordneten und 700 der indienweit 4.072 Landtagsabgeordneten straffällig geworden waren. 2004 hatte jeder fünfte Lok-Sabha-MP ein Strafregister (ibid.: 34). Die Parteien profitieren hierbei von einem Rechtssystem, das die vielen Klagen erst nach einem Jahrzehnt entscheidet oder sie einfach verjähren lässt. Hinzu kommt eine ungebremste Korruption, welche die 2014 abgewählte Congress-Regierung in eine tiefe innenpolitische Krise gestürzt und für die beiden letzten Jahre ihrer Legislaturperiode handlungsunfähig gemacht hat. Der unbezweifelbare Erfolg indischer Demokratisierung hat damit ein politisches System geschaffen, das inzwischen allen traditionellen Macht- und Herrschaftseliten als unersetzbar und unumgänglich erscheint, nämlich als Waffe und als Beute. Diese „Befehlshöhen“ darf man nicht dem Gegner überlassen. Für Politikverdrossenheit ist deshalb in Indien kein Platz. Vielmehr steigern sich mit der Schärfe des Wettbewerbs auch die Gewalt und die Korruption – während die verwahrlosten, von den Parteien missbrauchten Institutionen, vor allem das Rechtssystem, zunehmend versagen.

Neben die Gewalt tritt aber auch die Operette. Schließlich muss dem Wähler neben Geld, Nahrung oder Alkohol auch noch Unterhaltung geboten werden. Dieser Wähler begann als Analphabet. Nach wie vor können über ein Drittel der indischen Bevölkerung (37,2 Prozent) nicht lesen und schreiben – vor allem auf dem Land. Der Film erreichte und erreicht deshalb Indiens Bauernbevölkerung weit schneller als Lesen, Schreiben und Rechnen. Seine Wirkung war und ist ungeheuer und trotz Fernsehen und neuer Medien ungebrochen (Rösel / Gottschlich 2008: 56). Seit den 1950er Jahren entsteht eine bemerkenswerte Annäherung: Filmstars, Drehbuchschreiber, Filmjournalisten, Songwriter dienen als Wahlkämpfer, unterstützen Kandidaten, werden Abgeordnete und im Süden des Landes begründen sie die bis heute entscheidenden Regionalparteien: Die jeweils beiden größten Regionalparteien Tamil Nadus und Andhra Pradesh sind von Filmstars gegründet und bis heute dominiert worden – lediglich die erste der vier, die DMK in Tamil Nadu, wurde von einem Drehbuchschreiber mitgegründet und wird bis heute von ihm beherrscht. Diese partielle, nicht nur von Bombay/Mumbai, sondern auch von Madras/ Chennai ausgehende „Bollywoodisierung“ der Politik geht einher mit weiteren

komödiantischen Elementen: Während der Wahlkämpfe werden führende Brahmanen gebeten, Horoskope zur Landesentwicklung vorzutragen. Die entsprechenden Priester wissen, was die Congress-Politik von ihnen erwartet und sie sagen guten Monsun, fruchtbare Felder, hohe Steuererträge und glänzende Entwicklungsprojekte voraus. Unterhaltung zeigt sich aber auch, wenn es einem leseunfähigen Tanz-Eunuchen, einer unberührbaren Sozialrebellin oder weiteren Exzentrikern gelingt, kurzfristig in die Landesparlamente gewählt zu werden. Die halbtraditionelle, die „politische Kastengesellschaft“ ist damit in jeder Fiber und jeder Phase des Parteiensystems und des politischen Kampfes präsent.

4. Ein zunehmend fragmentiertes Indien

Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass die politische Gesellschaft mit dem Instrument der Kastenquotierung begonnen hat, den Staat, seine Verwaltung, seine Schulen und vor allem seine Industrien unter sich aufzuteilen: eben als Waffe und als Beute. Der Congress hatte 22,5 Prozent der Stellen oder Sitze im zentralen Verwaltungsapparat, in der Lok Sabha, in den Staatsindustrien und in den Schulen für die Unberührbaren(-Kasten) und die Stammesbevölkerung reserviert. Die Einzelstaaten legten die Reservierungen nach dem jeweiligen, von Staat zu Staat schwankenden Anteil dieser Scheduled Castes (SC) und Scheduled Tribes (ST) fest. Was die Parlamente betrifft, so sind anfänglich 117 Lok-Sabha-Sitze und 837 Landtagsitze „reserviert“ worden. Nach jahrzehntelangen Agitationen und Debatten gelingt 1989 unter einer von Bauern(kasten)parteien dominierten Koalition der Durchbruch: Weitere 27 Prozent der Stellen in Schulen und Staatsindustrien sollen jetzt den Other Backward Classes (OBCs) – in Wirklichkeit den 3.700 „mittleren“, überwiegend bäuerlichen Kasten – reserviert werden; allerdings nicht im Parlament. Trotz erbitterter Proteste und dutzender Selbstverbrennungen seitens der Forward Castes wird die Reservierung durchgesetzt (Rösel / Gottschlich 2008: 70–73). Der 2009 wiedergewählte Congress setzt die Reservierungen jetzt auch an den entscheidenden nationalen Universitäten durch. Auch in den Provinzen haben die auf die OBCs gestützten Bauern- und Regionalparteien entsprechende Quoten verfügt. Rund die Hälfte der verfügbaren Stellen im Staatsapparat und im Bildungsbereich wird damit nicht mehr nach Leistung, sondern nach Kastenherkunft vergeben – und manchmal wegen Bewerbermangels nicht besetzt. 2005 untersucht im Auftrag des Congress der angesehene Richter Sachar die Stellung der muslimischen Minderheit, inzwischen 14 Prozent der Bevölkerung. Er kommt erwartungsgemäß zur Erkenntnis, dass die Muslime

unter massiver sozioökonomischer Rückständigkeit, insbesondere in der Bildung, leiden. Das führt zu einer weiteren Reservierungsdebatte. Eine entsprechende Quote für rückständige Muslime ist umso wahrscheinlicher als Kerala, Karnataka und Tamil Nadu aus Gründen der Parteipolitik eine solche Quote bereits eingeführt haben (Kale 2007: 211). Wenn sie kommt, dann werden fast zwei Drittel aller Stellen in der Staatsverwaltung und Staatsindustrie quotiert sein. Die politische Kastengesellschaft hätte dann auf ganzer Linie gesiegt. Zu Beginn der Congress-Demokratisierung durften Kasten als Begriff und Tatbestand von den Parteien nicht offen angesprochen und mobilisiert werden. Inzwischen dreht sich die Planung, Finanzierung, Strategie und Berichterstattung der Wahlkämpfe in aller Offenheit um die regionale Verteilung, die lokale Stärke, die wirtschaftlichen Wünsche und die Führungsriege der entscheidenden Kasten. Ein Tabu ist gefallen und ausgerechnet der Congress, der einst den Kolonialherren und seinen Gegnern *casteism* vorgeworfen hatte, wollte nach seinem Wahlsieg 2009 die Kastenzählung bei dem zehnjährigen Zensus, den Volkszählungsoperationen, wieder einführen – zum *targeting* bedürftiger Zielgruppen für Entwicklungsvorhaben. Nach dem Zensus 1931 hatten die Engländer auf die Erfassung der Kasten verzichtet, unter anderem aufgrund massiver Kritik seitens der Congress-Unabhängigkeitsbewegung. Die Kastengesellschaft, die Politik und Staat übernimmt und quotiert, kommt allerdings zu spät. Die anlaufende Liberalisierung und die Globalisierung haben neue, zunehmend eigenständige Investitions-, Produktions- und Aufstiegsfelder geschaffen. Vermutlich bemächtigen sich die OBCs nunmehr einer leeren Hülle, während die ewigen Sieger der Kastengesellschaft, die Brahmanen und die Forward Castes, schon längst ausgewichen sind auf die neuen unkontrollierten oder unkontrollierbaren Bereiche der IT-Branche oder der Diaspora (Jaffrelot 2007: 82).

Der indische Parteienkampf hat also bislang ununterbrochen ein neues Parteienpersonal und nach drei Generationen Parteieliten hervorgebracht, überwiegend aus den zuerst initiierten und engagierten Kasten. Er hat Kastenwähler mobilisiert und politisiert, er hat naive Erwartungen ebenso wie präzise Kalküle geweckt und er hat einen gewaltigen politischen Basar entstehen lassen. Auf diesem Basar investieren Politiker oder Geschäftsmänner in Kandidaturen; die Wähler erwarten Brot und Spiele, ohne anschließend ihre Stimmabgabe festzulegen; die Parteiführer verkaufen Tickets und verhandeln mit Stimmenverkäufern, Oppositions- und Allianzpolitikern und Überläufern; am Ende müssen die MPs und MLAs ihre immensen Auslagen durch Amtsbefizien wieder hereinholen – in Form von Macht, Einfluss und Prestige. Zugleich müssen sie ihre Wähler, ihre Kastenklientele zufriedenstellen. Die Erwartungen der Klientel, ebenso wie die immensen

Ungleichheiten und Interessenkonflikte in der Gesellschaft, sind damit nicht geringer geworden. Die Kastendynamik, die Mobilisierung und Politisierung einer jeweiligen Kastengesellschaft hat damit die Unterschiede zwischen den Gliedstaaten verschärft; sie hat regional unterschiedliche Parteiensysteme und politische (Kasten-)Gesellschaften entstehen lassen. Die Demokratisierung nivelliert nicht, sie zentrifugalisiert (Jaffrelot/ Verniers 2011: 1090–1112). Eine jeweils andere „politische Gesellschaft“ hat sich in den 29 Bundesstaaten eingenistet und sie gibt seit 60 Jahren diesen Staaten ihre eigene Entwicklungsrichtung oder Stagnation vor. Der Erfolg dieser indischen Demokratisierung, die Ausprägung dieser politischen Gesellschaft in 29 Varianten zeigt sich auf der Ebene der Bundesstaaten in wachsender, bedrohlicher, regionaler Ungleichheit – demografisch, wirtschaftlich, bildungstechnisch und politisch. Liberalisierung und Globalisierung verstärken selbstverständlich seit 20 Jahren diese Heterogenisierung und Divergenz. Die Zentrifugalisierung zeigt sich in der Entstehung von inzwischen fünf verschiedenen „Indiens“ (Smith 2008: 131–169): Da ist, erstens, das arme Indien, also das hindisprachige Indien: Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Bihar. Drei Giganten, die zusammen fast ein Drittel der Bevölkerung umfassen. Mit diesem Armut- und Hindi-Indien kontrastiert, zweitens, das moderat prosperierende Indien: Westbengalen, Andhra Pradesh, Karnataka, Kerala. Ein Band, das vom Ganges-Delta zur Südspitze Indiens verläuft. Ein Indien, das unter kommunistischer Initiative – Kerala, Westbengalen – oder unter liberalisierenden Congress-/Regionalallianzen begrenztes Wirtschaftswachstum ausgelöst hat, im Agrarsektor (die Kommunisten) oder im IT-Sektor (Congress). Eine beeindruckende Entwicklungsbilanz weist allerdings, drittens, nur dasjenige Indien auf, zu dem all jene Kernregionen zählen, die seit der Antike oder der Kolonialzeit bereits Zentren globalen Handels und einer Cash-Crop-Landwirtschaft waren: der (Sikh-)Punjab und (Hindu-)Haryana im Nordwesten, Gujarat und Maharashtra an der Westküste und im tiefen Süden Tamil Nadu. Hier haben nicht IT, sondern eine Grüne Revolution (Punjab, Haryana), eine Textilindustrialisierung (Gujarat, Tamil Nadu) und schließlich ein globales und regionales *power house*, die *maximum city* (Bombay/Mumbai), starke Wachstumsschübe ausgelöst. Diese fünf reichsten Staaten verfügen über ein Pro-Kopf-Einkommen, das drei bis vier Mal höher liegt als dasjenige von Bihar, dem ärmsten Staat, einem *failed state*. Seit 1970 zeigt sich diese Wachstumsschere zwischen den armen Staaten Uttar Pradesh, Madhya Pradesh und Bihar und dem Rest (Smith 2008: 166). Dramatisch ist dabei vor allem der wachsende Rückfall der drei riesigen Armenhäuser: Ihre Wachstumsrate ist halb so groß wie die der reichsten Staaten; vor 40 Jahren hatten die Armenhäuser noch mehr *private sector jobs* als heute. Sie werden von den Investoren gemieden: Während

die fünf reichen Staaten 55 Prozent des privaten Aktienkapitals an sich binden, sind es bei den fünf ärmsten gerade 15 Prozent. Die reichsten ziehen selbstverständlich den Löwenanteil der immer noch knappen Auslandsinvestitionen an (ibid.).

Neben diesem Arm-Reich-Spektrum der riesigen oder großen Staaten steht ein aus kleineren Staaten bestehendes tribales und aufrührerisches, „maoistisches“ Indien und eines der strategischen und (im Osten) multiethnischen Peripherie. Madhya Pradesh ging ein östliches Flächenviertel, Bihar ging seine Südhälfte an die neuen Staaten Chhattisgarh und Jharkhand verloren. Das sind alte, von Stämmen (Adivasis) bewohnte Dschungelregionen. Das gleiche gilt für das bettelarme Odisha, es besteht zu drei Vierteln aus Dschungelgebiet. Die gesamte riesige Dschungelregion ist seit über 1.000 Jahren Kolonisationsgebiet für die überlegenen dominanten (Hindu-)Bauernkasten. Der Prozess der illegalen Landnahme und Ressourcenausbeutung hat sich nicht nur parallel zur Vervierfachung der indischen Bevölkerung beschleunigt, inzwischen ist diese Zone zum Investitionsraum der indischen Großindustriellen geworden. Diese errichten hier Kohlegruben, Stahlwerke und andere „extraktive“ Industrien. Das vierte, das tribale Indien bildet mithin eine interne Rodungs- und Kolonisationszone für die eigene, also unkontrollierte Expansion und Globalisierung. Auf diese drei Staaten und die angrenzenden Gebiete Bihars, Westbengalens und Andhra Pradeshs konzentriert sich deshalb ein bewaffneter „maoistischer“ Widerstand. Die Kämpfer, die „Terroristen“, entstammen einem bäuerlichen und tribalen „Lumpenproletariat“. Sie greifen Polizisten, Geldverleiher, Holzhändler, also die „Extraktionsmafia“ an. Inzwischen sind 150 der insgesamt rund 600 Distrikte Indiens von den Angriffen dieser „Naxaliten“ betroffen (Verma 2007: 132). In diesem Gebiet, ebenso wie in Madhya Pradesh, Uttar Pradesh und Bihar liegen aber auch die meisten der 100 ärmsten Distrikte Indiens – auch wenn sich einige inmitten reicher Staaten, zehn beispielsweise im Osten von Maharashtra, befinden (Kale 2007: 214). Neben diesem Indien einer inneren Peripherie, der Ausbeutung und des militanten Widerstands, liegt das fünfte Indien: Es umfasst eine äußere, eine strategische Peripherie, zu der das seit 60 Jahren unbefriedete Jammu & Kaschmir zählt, aber auch die Inselgruppen einerseits der Lakkadiven, andererseits der Andamanen & Nicobaren. Vor allem aber gehören hierzu die durch Abspaltung aus Assam hervorgegangenen Stammesgebiete und Kleinstaaten im Nordosten, inklusive Sikkim – die „sieben Schwestern“. In fast allen diesen zehn Kleinstaaten tritt der indische Staat gänzlich ungeniert als Militär- und oft genug als Okkupationsmacht auf. Hinzu kommen im Nordosten Zuwanderungskonflikte – aus Bangladesch, aber auch aus Westbengalen – ebenso wie Ressourcenverteilungskonflikte (Verma 2007: 134). Die zu-

nehmende Wachstumsschere, die zunehmenden Ausbeutungs-, Zuwanderungs- und Verteilungskonflikte, sie werden in jedem Staat durch das ihm eigene Parteien- und Kastensystem vorangetrieben, oft ausgelöst, zumindest aber geprägt. Verschärft werden selbstverständlich damit auch die Konflikte zwischen Nachbarstaaten und gegenüber dem Zentrum (Sinha 2007: 195-208). Diese qua Kastenmobilisierung vorangetriebene konfliktrichtige Demokratisierung und Wirtschaftsentwicklung hat notgedrungen, wenn auch langsam, einen neuen Urbanisierungsschub ausgelöst (ibid.: 198). Es existieren nunmehr bei einem Urbanisierungsgrad von 30 Prozent (gegen 40 Prozent in China) mehr als 2.000 Städte: Dabei spielen die neuen Millionenstädte (rund 35) und darunter die acht Megacities (mit oft weit mehr als 6 Millionen Einwohnern) eine neue Rolle. Auf diese 35 Millionenstädte und deren Regionen konzentriert sich der Globalisierungsprozess. Er verstärkt damit die regionalen Ungleichheiten, weil sich die Mehrheit dieser Millionen- und Megastädte auf die fünf reichsten und die vier prosperierenden Staaten konzentrieren. Der Reichtum dieser Metropolen kommt den armen Bundesstaaten nicht zugute. Eine (Land-Stadt-)Migration zwischen den Gliedstaaten fehlt: „Only 6% of rural migration and 20% in urban areas is across state borders.“ (Smith 2008: 167). Die Eigengesetzlichkeit der kastengetriebenen Politik verstärkt die Eigengesetzlichkeit und zugleich die Isolation der Gliedstaaten. Das Zuwanderungszentrum Bombay/Mumbai mit seiner fremdenfeindlichen Hindu-Partei Shiv Sena und seinen gegen Muslime und Sünder gerichteten Pogromen ist einerseits eine Ausnahme, andererseits ein düsteres Omen.

Wir können vorläufig zusammenfassen: Die halbmoderne und vorbürgerliche, die „politische Kastengesellschaft“ hat Indien seine besondere, seine indische Demokratie gegeben. Diese bestimmt und prägt inzwischen nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft, seit 1991 die indische Globalisierung.

5. Die indische Globalisierung

An die Vorgeschichte dieser indischen Globalisierung kann hier nur in Schlagworten erinnert werden: Nehru initiierte eine planwirtschaftliche Industrialisierung; sie hatte als Konsequenz eine Vernachlässigung des Agrarsektors und von zwei Dritteln der Bevölkerung, der Bauernkasten. Es entstand ein politisches Ungleichgewicht zwischen 360 Staats- und Grundindustrien und einem Privatsektor, der unter staatlicher Aufsicht und Auflage überlebt. Er bleibt damit der Congress-Partei, die zugleich die Staatsbürokratie stellt, unterworfen, politisch und wirtschaftlich: Es beginnt die

Herrschaft der Lizenz, die Licence Raj. In dieser Licence Raj muss sich der Unternehmer mit dem Politiker und dem Beamten, dem Neta und dem Babu, arrangieren. Nachdem sich eher gegen als mit dem Congress im Punjab die Grüne Revolution zeigt, generieren Staatsindustrien, Privatsektor und Grüne Revolution über Jahrzehnte eine *Hindu rate of growth* von etwa 3,5 Prozent Wachstum. Das ist gerade genug, um das Bevölkerungswachstum aufzufangen, jedoch zu gering, um Indien zu modernisieren (Varshney 1998: 1–47). Indien bleibt vom Weltmarkt abgeschottet und auf eine sowjetische Form des Tauschhandels mit dem Ostblock angewiesen. Eine Liberalisierung setzt informell in den 1980er Jahren ein, seit 1991 wird sie offiziell vom Congress-Finanzminister Manmohan Singh vorsichtig umgesetzt. Von 2004 bis 2014 ist dieser Globalisierungschampion der weitgehend unangefochtene Premierminister der Union. Die politisch organisierte und nunmehr markt-orientierte Kastengesellschaft determiniert seither nicht nur die Demokratie, sondern Form, Tempo und Richtung der indischen Globalisierung. In den Augen westlicher, neoliberaler Beobachter, aber auch des politischen Mainstream – mit Ausnahme der Kommunisten – gilt diese Liberalisierung und Globalisierung als historischer Erfolg. Politischer Dissens besteht lediglich bezüglich des Ausmaßes der Öffnung und bezüglich der Reichweite in die Binnenwirtschaft, vor allem in die Landwirtschaft und in die Staatsindustrien. Der weitverbreitete Jubel und Konsens verstellt aber auch hier die grundlegenden Probleme und Beschränkungen der Globalisierung, die sich aus der Politik, also aus der nunmehr politisierten Kastengesellschaft ergeben. Diese spezifisch indischen Beschränkungen und Probleme einer Liberalisierung und Globalisierung sind die Folgenden: Liberalisierung und Globalisierung können vom Congress und den Regionalparteien, seinen Verbündeten, niemals als Wert an sich, sondern immer nur sozialdemokratisch, paternalistisch oder patronage-pragmatisch als Mittel der Armutsbekämpfung und des sozialen Ausgleichs verteidigt werden. Die neue sechs- bzw. achtprozentige Congress-Wachstumsrate soll jenen Reichtum und jene Steuermehreinnahmen erwirtschaften, welche die Armen besser stellen. Die Globalisierung soll Kasten Klienten, also Basar- und Bauernproduzenten und Konsumenten, zugutekommen; ihre Früchte, die Steuergewinne, müssen mit Patronage-Programmen durch die Parteigefolgschaften hindurch zu der Kasten Klientel gefiltert werden. Die Parteien, allen voran der Congress, sind deshalb auf eine sechs- bis achtprozentige Wachstumsrate angewiesen. Die politische Kastengesellschaft, die mit den Wahlgeschenken ein solches Wachstum inzwischen verlangt, ist aber nicht bereit, jenen tiefen Einschnitten zuzustimmen, die allein eine solche Wachstumsrate auf Dauer sichern können. Die Sicherung dieses Wachstums ist inzwischen aber nur noch um den Preis eines tiefgreifenden Abbaus oder

Umbaus der Staatswirtschaft und der Licence Raj, der traditionellen Landwirtschaft, des Handels und vor allem der gesamten, seit 60 Jahren vernachlässigten Infrastruktur zu haben. Alles das setzt aber zunächst eine Reform der staatlichen Institutionen voraus, zuerst im Rechtswesen, dann in absteigender Linie im Gesundheits- und im Bildungssystem. In all diesen Sektoren, Regionen und Institutionen haben sich die politische Kastengesellschaft, also die entsprechenden Klienten, Wähler und Parteigenossen, Bürokraten und Führer fest eingerichtet. Die Neoliberalisierung, diese Ausdehnung des Marktes und diese Effizienzsteigerung der Staatsverwaltung führen deshalb zwangsläufig zur Zurückdrängung dieser Interessengruppen und damit zu zahllosen Konflikten. Der jahrzehntelange Niedergang der Institutionen und der ebenso lange Aufschwung an politischer Kriminalität und Korruption begleiteten, markierten und erleichterten die Entstehung und den Aufstieg der politischen Kastengesellschaft. Heute indessen setzt eine Fortdauer des Wachstums und der Liberalisierung eine Ausdehnung des Marktes, eine Auflösung der Staatsindustrien, eine Reform der Institutionen voraus – alles gegen alte oder neue, in jedem Fall politisch organisierte Kasteninteressen (Das 2006: 2–16).

Nach drei vollständigen Legislaturperioden von 1999 bis 2014 (fünf Jahre BJP-Regierung, zehn Jahre Congress-Herrschaft) kann eine erste Bilanz gezogen werden. Sie zeigt recht genau, wo die Interessengemeinsamkeiten und die Interessengegensätze zwischen einerseits der politischen Gesellschaft und ihren Parteien und andererseits den Befürwortern der Globalisierung verlaufen. Zunächst zeigt sich auf der positiven Bilanzseite eine durch maßvolle Zoll- und Exporterleichterungen und durch zahlreiche Special Economic Zones (SEZ) ausgelöste spektakuläre Exportsteigerung (Smith 2008: 88). Aber auch Textilindustrie und die Grüne Revolution tragen dazu bei. Zugleich sind einzelne neue, also nicht von traditionellen Interessen besetzte Felder für ausländische Investitionen geöffnet worden. Hinzu kommt der „Export“ von elektronischen Dienstleistungen, also die boomende indische IT-Industrie. Dieses exportbegründete Wachstum wird durch (im Vergleich zu China) geringe ausländische Direktinvestitionen, durch zielgenaue Geld- und Technologietransfers seitens einer globalen indischen Diaspora und durch eine begrenzte, aber höchst effektive Spar- und Investitionsrate vorangetrieben. Dies ist immer noch ein Wachstum, das weite Sektoren der indischen Gesellschaft nicht erreicht hat. Entscheidend ist aber: Dieser Globalisierungsprozess wird nicht mehr vorrangig in Delhi, sondern inzwischen auf der Ebene der Gliedstaaten, aber auch der Millionen- und Megastädte ausgehandelt. Zwischen den Provinzpolitikern der politischen Regionalgesellschaft einerseits, zwischen internationalen Konzernen und Institutionen ebenso wie Diaspora-Unternehmen anderer-

seits. Delhi verliert, die politische Gesellschaft behält und nuanciert die Kontrolle. Diese Form der Globalisierung, insbesondere die Gründung neuer SEZs und die Öffnung zusätzlicher traditioneller Wirtschaftssektoren, stößt wachsend an ihre Grenzen. Organisierte Bauernkasten wehren sich gegen die Enteignung ihres Landes – um SEZs oder Fabriken zu gründen, zum Beispiel in Westbengalen. Durch Saatgutabhängigkeit verschuldete und in den Selbstmord getriebene Bauern setzen erst die Regionalparteien und dann deren amerikanische Geschäftspartner unter Druck, vor allem in Andhra Pradesh (Smith 2008: 153). Die von westlichen Handelsketten vorangetriebene Öffnung des Lebensmittelhandels kommt nur langsam voran, weil die nach hunderten zählenden kleinen, aber einflussstarken Basarhändlerkasten Congress-Initiativen abbremsen. Die Liberalisierung ist nach wie vor langsam. Sie zeigt sich als unvorhersehbarer Mehrebenen-Prozess – in neun reichen Gliedstaaten mit unzähligen Akteuren: Internationale Unternehmer, Parteien, Kasten. Globalisierung wird damit wachsend vielteilig, kasten- und parteipolitisch, opportunistisch und regional und sozial ungleich.

Ausgespart bleiben bislang die entscheidenden Industriebereiche, die „Befehlshöhen der Wirtschaft“ (Lenin zitiert von Nehru). Es handelt sich dabei um die Schlüsselindustrien einer jeden wirtschaftlichen und militärischen Supermacht: Kohle, Eisen, Chemie, Zement, Düngemittel, Pharmazie und Energie. Dazu kommt ein riesiger militärisch industrieller (und nuklearer) Komplex. In Indien zählen aber auch zu diesem Staatssektor Grundnahrungsindustrien wie Zuckerfabriken, Getreideverarbeitung, Großbäckereien usw. Alle diese (nach Nehru) „Tempel“ eines modernen Indiens stehen nach wie vor unter staatlicher, planwirtschaftlicher Kontrolle. Indien bleibt die größte Planwirtschaft der Erde (Rieger 2001: 319–336). Zwar werden weite Bereiche inzwischen für privatwirtschaftliche, ausländische Beteiligungen geöffnet, der indische Staat behält aber bis heute oft die Mehrheitskontrolle. Weder die BJP noch die Congress-Koalition haben sich an diese Sonderbastionen der politischen Gesellschaft gewagt. Jede Deregulierung und Privatisierung bedroht hier die dafür Verantwortlichen mit Revolten und Machtverlust. In den Staatsindustrien herrscht vorrangig der „formale Sektor“ der Arbeiterschaft. Er wird von Congress-nahen oder kommunistischen Dachgewerkschaften organisiert. Er ist „formal“, weil er durch Tariflöhne und vor Kündigung geschützt ist. Darüber hinaus sind mehr als die Hälfte der fast immer niederen Arbeitsstellen an unberührbare Kasten und OBCs vergeben. Der Sektor wird beherrscht von Parteimitgliedern, denen der Congress oder kurzfristig die BJP Managerposten, also Sinekuren, verschafft hat. Hier ist also eine besondere, ebenfalls auf Kasten oder kastenähnliche Gewerkschaften gegründete „politische Gesellschaft“ ent-

standen. Reformen konnte der Staatssektor bislang ausweichen. Seine Defizite haben enorme Höhen erreicht. Mit dem Schuldendienst verschlingen die Defizitkosten inzwischen große Teile des Budgets. Die Regierung nimmt typischerweise Kredite mit 12 Prozent auf, um unrentable Staatsindustrien zu finanzieren, deren Gewinnmarge bei gerade 3 Prozent liegt (Rieger 2001: 321). Damit verbleiben der Regierung nur noch geringe Ressourcen zur Verbesserung des Bildungssystems, des Gesundheitswesens und der Infrastruktur. Seit anderthalb Jahrzehnten haben sich die Regierungskoalitionen trotz internationalen Drucks nicht an entsprechende Reformen gewagt. Der Congress fürchtet den massiven Widerstand der organisierten Gewerkschaften, den Verlust der politischen Unterstützung seitens der kommunistischen Parteien und die Rebellion aus den eigenen Reihen, seitens der Congress-MPs, der Congress-Manager und der Unberühmbaren, der Congress- und Quotennutznießer. Auch die BJP war zu einer solchen Konfrontation mit den eigenen Parteigenossen bislang nicht bereit. Die Aufrechterhaltung des Status quo sichert kurzfristig die politische Gesellschaft und die Stabilität in den Städten, sie gefährdet langfristig das Wirtschaftswachstum. Der Status quo verzehrt die notwendigen Investitionen in Indiens Zukunft – Ausgaben für Verkehr, Bildung, Gesundheit. Hierzu kommt, dass jede Zentralregierung, vor allem der Congress, seinen Bauern- und Unberühmbaren-Kasten großzügige Patronage-Projekte anbieten muss (Rösel / Gottschlich 2008: 81–104).

Das ist der Preis, den die politische Gesellschaft für Liberalisierung und Globalisierung einfordert. Während seiner Regierungszeit von 2004 bis 2014 hat sich der Congress zu einem einzigartigen Hilfs- und Patronage-Programm hinreißen lassen: Jeder armen Familie sollen pro Jahr 100 Tage Arbeit zustehen, zu einem Minimallohn, der verdächtigweise so hoch liegt, wie die absolute Armutsgrenze der Weltbank von 1,25 US-Dollar Tagesverdienst (Luce 2006: 201). Indiens Bevölkerung ist nach wie vor so arm, dass 2005, zum Zeitpunkt des neuen Programms, knapp 42 Prozent der Bevölkerung mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen mussten – 469 Millionen Menschen, fast die Hälfte der Bevölkerung. Ein Drittel aller weltweit absolut Armen (2005: ca. 1,4 Milliarden) leben damit allein in Indien. Das ist beschämend, da in China der Prozentsatz auf 16 Prozent und (bei 1,3 Milliarden Einwohnern) auf nur noch 208 Millionen Menschen gefallen ist. Als globalisierende Supermacht ebenso wie als politische Gesellschaft muss damit der Congress dieses milliardenschwere Patronage-Werk voranbringen. Es schafft die Armen aus der Statistik; es bereichert die regionalen Congress-Kader – der National Rural Employment Guarantee Act (NREGA) wird von den Einzelstaaten implementiert; die „Tagesverdienste“ werden von Dorfräten verteilt, die von dominanten Kasten oder

OBCs dominiert werden. Bis heute fehlt eine kritische Überprüfung über den Verbleib der Gelder oder den Nutzen der durchgeführten Projekte. Das Projekt entspricht fast vollkommen den Patronage-Wünschen der „politischen Kastengesellschaft“. Es hat allerdings Zukunftsauswirkungen. Vereint mit den anderen Prestige- und Patronage-Ausgaben hält es das Haushaltsdefizit hartnäckig auf einem Niveau von über fünf Prozent des BIP. Aus diesem Verschuldungszwang kommt die Congress-Regierung nicht heraus, weil die politische Kastengesellschaft, die solche Patronage fordert, eine angemessene Steuereinzahlung verbietet. Alle das Land, die Landwirtschaft, die Bewässerung und die Stromkosten betreffenden Steuern sind seit der Kolonialzeit den Provinzregierungen überlassen. Die Liste dieser Steuern ist bizarr: „Land Tax, Agrarian Income Tax, Lands Building Tax, Alcohol, Electricity, Sales of Goods, Vehicles, Cinema“ (Arora 2010: 26). Aus politischen Gründen hatte die British Raj bereits vor 1900 diese Steuern zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen lassen. Heute ist die Forderung, die Regionen und die Bauern der Grünen Revolution angemessen zu besteuern, tabu. Stattdessen wetteifern die Parteien damit, den Bauern selbst die Pump-, also die Stromkosten zu erlassen. Die Alkoholsteuer stellt die Staaten vor das Gandhianische Dilemma, ob sie trocken, sauber und arm bleiben wollen oder ob sie durch den Verkauf von Alkohollizenzen regelrechte Steuer-rackets und parteinahe Mafias kultivieren (Rösel 1997: 151). Bleibt nur die entscheidende, aber sozial ungerechte Sales Tax.

Dem Zentrum bleiben im Gegenzug die klassischen, harten Steuern: „Personal Income, Corporate Income, Capital, Estates, Services“. Dies sind stark progressive Steuern, die weder von den Reichen noch den idealisierten New Middle Classes korrekt bezahlt werden. Das Zentrum erhält damit das Gros der Steuern und verteilt sie nach einem bereits während der Kolonialzeit ausgehandelten Verfahren an die Gliedstaaten um. Die Globalisierung, aber auch die neue politische Balance verlangen eine Reform des Systems. Sie ist jedoch gegen den Widerstand der im Zentrum wie in den Regionen konsolidierten Kastengesellschaften nicht durchzusetzen. Die politische Gesellschaft und die ihr entsprechende Parteienübereinkunft und Parteienmacht verweigern dem Staat damit jene Reformen und Steuerressourcen, die für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung unumgänglich sind. Dabei handelt es sich zunächst um institutionelle Reformen, vorrangig des Rechtssystems, aber auch des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens. Jahrzehnte der Vernachlässigung und der Parteienbeeinflussung haben zu einer einzigartigen Blockade der Rechtsprechung geführt. Bei den unteren Gerichtshöfen sind 20 Millionen, bei den höheren 3,2 Millionen, beim Verfassungsgericht 20.000 Klagen anhängig. Es dauert oft Jahrzehnte, bis die Klagen entschieden sind. Weniger als drei Richter kommen rechnerisch auf 100.000 Ein-

wohner. Das ist gerade die Hälfte der Anzahl in anderen Staaten – wie eine Weltbankstudie zeigt (Rösel / Gottschlich 2008: 55). Der Zerfall zügiger Rechtsprechung wirkt sich als „totales Phänomen“ aus. Er lähmt Investitionsentscheidungen, verstärkt das Babu-Neta-Monopol, er stärkt die „politische Gesellschaft“ und passt die Globalisierung ihren Bedürfnissen an. Diese fundamentale Blockade und Verzögerung zeigt sich in den drei Schlüsselbereichen Gesundheit, Bildung und Verkehr. Ein staatliches Gesundheitssystem ist in vielen Regionen Indiens und in den Dörfern bis heute nicht präsent (Smith 2008: 152). Darüber hinaus zeigen sich erdrückende regionale Unterschiede, insbesondere zwischen dem nördlichen Armenhaus und dem Süden. Während die Versorgung von zwei Dritteln der Landbevölkerung kaum in Angriff genommen worden ist, zeigt sich mit der stetigen Urbanisierung eine weitere Herausforderung, auf die das staatliche Gesundheitssystem nicht vorbereitet ist. Vor allem in den 35 Millionenstädten und acht Megacities ist für zwei Drittel der Bevölkerung, für die Slumbevölkerung, eine staatliche Gesundheitsfürsorge nicht vorhanden und die wachsende private unbezahlbar. Nach wie vor liegen die indischen Gesundheitsausgaben bei rund einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts – so niedrig wie in Bangladesch, gerade halb so hoch wie in Sri Lanka. Die Militärausgaben sind fast dreimal höher, 2,8 Prozent des BIP. Es erstaunt deshalb nicht, dass Indien im Vergleich aller Staaten Ost-, Südost- und Südasiens nach allen Gesundheitsindikatoren am schlechtesten dasteht – fast auf gleicher Ebene mit Pakistan und Bangladesch (Joseph 2010: 139–150). Horrend ist vor allem der nach wie vor hohe Grad der Unterernährung. Indien hat die größte Anzahl unterernährter Menschen. Der Prozentsatz untergewichtiger Kinder liegt bei über 30 Prozent. Das gleiche Bild zeigt sich im gleichermaßen zukunftsentscheidenden Bildungssektor. Zwar gibt der Staat hier mehr Geld aus, etwas mehr als für die Verteidigung, aber die Gelder fließen in ein kopflastiges Bildungssystem, in dem für Colleges, den prestigereichen Indian Management Institutes und Indian Technology Institutes sowie für Universitäten sehr viel, für die Grundschulbildung und damit für 90 Prozent der übrigen Bevölkerung zu wenig getan wird. Seit der britischen Zeit ist das Bildungssystem ein Self-help-System. Brahmanen und höhere Kasten sichern sich über Parteienmacht und Staat die notwendige Elitebildung. Den 600.000 Dörfern Indiens wird dagegen ein minimal finanziertes und deshalb vielfach korruptes und ineffizientes Primarschulsystem unter Aufsicht der Provinzregierungen zur Verfügung gestellt. Die Eliteuniversitäten und Managementinstitute stehen stattdessen dank der Verfassung unter der Aufsicht des Zentrums. Damit bleibt den an Grundbildung Interessierten wie in Kolonialzeiten die Eigeninitiative, also die Privatschule (eventuell staatlich gefördert durch Grant in Aid) oder der Privatlehrer. Ein

solches System sichert der Elite und dem IT-Sektor den notwendigen, gebildeten Nachwuchs, es ist aber völlig außerstande, Indien auf die nächste Phase einer breit gefächerten Wirtschaftsentwicklung und Globalisierung vorzubereiten.

Noch schlimmer steht es um den Verkehrssektor, der unumgänglichen Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Export. Das indische Verkehrssystem ist eine Saga für sich. Die Durchschnittsgeschwindigkeit für Lastwagentransporte, etwa auf der Strecke von Kalkutta/Kolkata nach Bombay/Mumbai (2.150 km), liegt bei 11 Stundenkilometern. Dazu kommen 32 Stunden, die an internen Provinzzollstationen verbracht werden. Die indischen Unternehmer brauchen im Durchschnitt ein bis zwei Wochen, um ihre Produkte in die Häfen zu bringen. Die Ladezeit für Schiffe, die in den ASEAN-Staaten 15 Stunden beträgt, liegt in Indien bei vier Tagen. Hinzu kommt, dass die Hafenanlagen veraltet, die Beamten korrupt sind – Effekt eines dysfunktionalen Rechtssystems (Smith 2008: 164). Die Städte sind kolonialen Ursprungs, für einen Bruchteil der heutigen Bevölkerung geplant und sie bestehen aus Gassen. Aufgrund der jetzt unkontrollierbaren Automobilisierung sind sie verstopft, die Abgase belasten die Gesundheit von Millionen. Es bleibt das indische Eisenbahnsystem, das größte der Welt – 1,6 Millionen Angestellte, 4,5 Milliarden Kunden pro Jahr, 440 Milliarden Rupien Umsatz, 9.000 Personenzüge täglich, fast 7.000 Bahnstationen auf 63.000 Schienenkilometern (India Today, 19.07.2004). Dieses allgegenwärtige Transportinstrument könnte eigentlich Wirtschaft, Handel, Liberalisierung und Globalisierung beschleunigen. Es ist aber, von der politischen Kastengesellschaft benutzt, aber nicht gewartet und noch weniger erweitert worden – seit 60 Jahren dient es einer vielfach gewachsenen Bevölkerung. Stattdessen haben sich die Kastengesellschaften und ihre Parteien in das Auto verliebt – das verlangt Straßen. Sie werden nach den Regeln dieser Kastengesellschaft, ihrer Regionalpolitik und ihrer Patronage-Strategie errichtet: So baut der Sikh-Politiker Giani Zail Singh eine Autobahn durch den Punjab, die nicht die großen Industriezentren, sondern die Schreine der Sikh-Gurus verbindet. Zur Eröffnung trabt eine Pferdeherde auf ihr entlang: Die „heiligen Rosse“ sind Abkömmlinge des Lieblingspferdes des zehnten Gurus, des Begründers der Sikh Khalsa (Singh 2009: 323). Nach jahrzehntelanger Blockade wird seit nunmehr einem Jahrzehnt an einem „goldenen Viereck“ gebaut, einer Autobahn, welche die vier Megacities Delhi, Kalkutta/Kolkata, Madras/Chennai und Bombay/Mumbai verbinden soll. Das neue Infrastrukturweltwunder entspricht meisterhaft den Interessen der parteipolitisch organisierten Kastengesellschaft: Die neuen Verbindungsachsen bieten jeder Kaste und jeder Interessengruppe zahllose Gewinn-, Investitions- und Aufstiegschancen – Bodenspekulation für Geldverleiher

und dominante Kasten; Basar-, Benzin-, Reparatur- und Bordellstationen für Händler, Handwerker und Unberührbare; völlig neue Marktverbindungen für Bauernkasten; Pendelverkehr und Saisonarbeit für OBCs und Scheduled Castes. Kein Wunder, dass das Projekt nur langsam und mit Dutzenden von Einzelkonflikten – etwa um Tempelverlagerungen – und Verkehrstoten – Busse gegen Kamele, Staatskarossen gegen Viehherden – vorankommt. Selbst für das so dringliche Verkehrsproblem sind deshalb keine großen und schnellen, sondern nur spezifisch indische, also kastenpolitische Lösungen in Sicht.

Für alle vier so entscheidenden Reformbereiche hat die Congress-Administration während ihrer Regierungszeit von 2004 bis 2014 keine Reformvorhaben auf den Tisch gelegt. Auf die neue BJP-Koalition warten mithin die alten Reformnotwendigkeiten – im Kontext der eingespielten und bislang unüberwindbaren kastenpolitischen Rahmenbedingungen. Auf die Rhetorik des Neoliberalismus vertrauend geben Indiens Wirtschaftsplaner inzwischen den drängenden Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrsproblemen eine ganz neue Wendung: Sie betrachten sie nicht vorrangig als unlösbare Probleme für den indischen Staat, sondern als Investitionschancen für die internationalen Kreditgeber und die indischen Unternehmen – eine „150 Milliarden Dollar (Investitions)-Gelegenheit“, so der damalige Finanzminister P. Chidambaram bei einem Treffen der Asian Development Bank in Davos. Aber solche im 100 Milliarden Dollar-Bereich (nur Straßenprojekte) bezifferten Summen werden nicht einfach zur Verfügung gestellt. Vor allem aber: Die glänzende, aber geringfügige private Gesundheitsindustrie, die Privatschulen und die international finanzierten Straßen-, Häfen- oder Airport-Neubauten, sie alle werden Indiens drängende und monumentale Probleme nicht lösen können. Lösungen werden kommen, aber sie werden dem Operationsmodus der Kastengesellschaft entsprechend langsam, vereinzelt, regional ungleich, bauernschlau und oft chaotisch ausfallen. Damit stellt sich aber am Ende eine „Systemfrage“: Wird Indien auf Dauer die inzwischen politisch notwendige sechs- bis achtprozentige Wachstumsrate aufrechterhalten können? Für die nationale Elite ist dies eine Frage des Prestiges, für die Parteien, allen voran für Congress und BJP, eine Notwendigkeit zur Finanzierung der Patronage-Politik. Für die politische Kastengesellschaft ist ein solches Wachstum nunmehr die als selbstverständlich vorausgesetzte Grundlage des Geschäfts. Diese Kastengesellschaft steht noch unter einer weiteren Abhängigkeit: Sie ist immer noch eine große und altertümliche Bauerngesellschaft. Sie ist deshalb nach wie vor grundsätzlich abhängig vom Monsun: eine beklemmende Erinnerung an die fortdauernde Unterentwicklung Indiens. Ein ungenügender Monsun bewirkt bislang noch ein um ein bis zwei Prozent niedrigeres Wirtschaftswachstum. Mit Liberalisierung

und Globalisierung hat sich diese Gesellschaft damit einem Reform- und Problemzwang ausgesetzt, dem sie einerseits nicht adäquat entsprechen und andererseits nicht mehr ausweichen kann. Die politische Gesellschaft und das von ihr getragene Parteiensystem brauchen stetiges hohes Wachstum, sie wollen und können aber die jetzt dafür notwendigen Reformen nicht tragen. Die innenpolitischen Risiken, herbeigeführt durch die eventuelle Öffnung ganzer Sektoren oder durch Steuererhöhungen, sind zu hoch. Damit droht dem indischen Modell von Demokratisierung und Globalisierung nicht das Ende, aber eine neue Gefahrenlage. Noch immer wächst die indische Gesellschaft – im Gegensatz zu China. Erst in drei Jahrzehnten wird sie sich bei vermutlich 1,4 Milliarden Einwohnern, als dann größte Gesellschaft der Erde, stabilisieren (Smith 2008: 182–186). Indien wird dann noch immer gegenüber China sehr jung und sehr ungebildet sein. Bereits jetzt stoßen jedes Jahr 20 Millionen Menschen auf den Arbeitsmarkt. In zwei Jahren sind das 40 Millionen, das entspricht exakt der Gesamtgröße des organisierten, des formalen Industriesektors Indiens. Noch bedrohlicher: Mehr als 700 Millionen Inder sind im erwerbsfähigen Alter, gerade 400 Millionen haben Arbeit, davon etwa 40 Millionen im organisierten Sektor und ungefähr 360 Millionen im nichtorganisierten Sektor – also außerhalb jeder sozialen Absicherung, Arbeitsregulierung und Steuerpflicht. Gerade einmal 42 Millionen Menschen gelten offiziell als arbeitslos. Hier, in diesem weiterhin anschwellenden Arbeitsmarkt, entscheidet sich Indiens Zukunft – politisch und wirtschaftlich – denn der viel gerühmte IT-Sektor gibt nach 20 Jahren Wachstum gerade 1,3 Millionen Menschen Beschäftigung. Zählt man die Callcenter und die indirekten Beschäftigungseffekte hinzu, kommt man auf unter vier Millionen Angestellte – also knapp ein Prozent aller Beschäftigten: „IT is not the answer“. Selbst die indische Eisenbahn beschäftigt deutlich mehr Menschen als Indiens IT-Industrie. Indien muss also Beschäftigungsmöglichkeiten für jene 99 Prozent der Beschäftigten finden, die bislang und auch in Zukunft nicht im IT-Bereich Beschäftigung finden. Bei ungenügenden Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssektoren ist das eine fast unmögliche Aufgabe (Smith 2008: 148–155). Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, 800 Millionen, leben auf dem Land: Bauern, Handwerker, Abhängige, Tagelöhner. Der klassische Entwicklungsweg – Bauer zu Arbeiter, Dorfbewohner in die Städte – ist Indien versperrt. 800 Millionen werden nicht in die Städte abwandern. Diejenigen, die abgewandert sind, haben bereits die Städte ruralisiert, ruiniert und die größten Slums der Erde entstehen lassen: Dharavi umfasst auf kleiner Grundfläche eine Million Bewohner, der größte Slum der Erde. Ein 300 Millionen Dollar teurer Wohnturm, der Wolkenkratzer des Milliardärs Ambani, steht in der Nähe. Die überwältigende Masse der Millionen Beschäftigten ebenso wie die der

Millionen potentiell Beschäftigungssuchenden, insbesondere der 20 Millionen Jugendlichen, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen, leben auf dem Land. Vor allem sie sind unterernährt, ungebildet und nicht qualifiziert: „India’s children suffer deprivation – up to 50 per cent are malnourished – and poor or inadequate education.“ (Smith 2008: 185). Für sie muss Indiens Kastengesellschaft angemessene Beschäftigung finden. Die Parteien müssen diese Beschäftigung qua Investitionen und Reformen generieren – nach aller Voraussicht auf dem Land. Wie ein Modell verdeutlicht: Eine moderne angemessene Beschäftigung für die rund 800 Millionen Menschen des ländlichen Indiens kann nur durch die Urbanisierung der Dörfer erfolgen, etwa durch die Schaffung von 6.000 *rural hubs*, die jeweils für 100 Dörfer und damit 100.000 Einwohner zuständig wären (ibid.: 154). Kein Staat der Erde könnte den 600.000 Dörfern Indiens die zur Entwicklung notwendige technische und soziale Infrastruktur zur Verfügung stellen. Es sind solche Planspiele, welche die wahren Probleme sichtbar werden lassen, vor denen Indiens neue Regierung, seine Gesellschaft und Politik heute stehen.

6. Zusammenfassung und Fazit

Die Demokratisierung der größten Bauerngesellschaft der Erde über den Zeitraum von mehr als 60 Jahren hat damit – nicht sonderlich überraschend – eine charakteristische Form angenommen: Die weitreichende Politisierung, also (Eigen-)Organisation, Mobilisierung und Interessenartikulation der indischen Kasten, vorrangig und zuerst ihrer Eliten. Wie sich dieser Wettbewerb um Macht, Einfluss und Prestige, um Ressourcen, Projekte und Patronage, „Tickets“ und Positionen gestaltet, haben wir gesehen. Zugleich aber hat dieser unglaubliche und unerwartete Erfolg – wie bei demjenigen des Congress – seine eigene Nemesis, seinen eigenen Widerstand und drohenden Niedergang hervorgebracht. Die unausweichlichen Imperative der Marktöffnung, Liberalisierung und Globalisierung verlangen jetzt die Auflösung (Staatsindustrien) oder Reform (Justiz, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur) all jener Institutionen und Bereiche, in denen sich die „politische (Kasten-)Gesellschaft“ eingenistet hat – qua Patronage, Quote, Posten- und Lizenzvergabe und dynastischer Politik. Was zur landesweiten Ausdehnung des anfangs noch begrenzten und kolonialen Staates, seiner Verwaltung und Institutionen, so entscheidend – und massendemokratisch – beigetragen hat, wird jetzt zum stärksten Hemmschuh der überfälligen, auf Leistung, Effizienz und Zugangsöffnung setzenden Reformen. Diese sind aber notwendig will sich die Politik – also die Parteien und die „politische Gesellschaft“ – jene Wachstumsquoten, jene Ressourcen, also jene Entwick-

lung sichern, die für ihren Erhalt und ihre Legitimität inzwischen notwendig sind. Damit zeigen sich für Indiens politische Zukunft wie so oft neue Schwierigkeiten.

Das alles lässt nichtsdestotrotz einen vorläufigen vorsichtig optimistischen Schluss zu: Weder Indiens so oft totgesagte Demokratie noch seine unerwartete Globalisierung werden von den neuen Problemen vollständig überwältigt werden. Trotzdem ist eines wahrscheinlich: Die neuen Probleme werden der Kastengesellschaft und ihrer Parteienpolitik einen hohen Preis abverlangen. Was herauskommen wird, ist unklar, klar aber ist jetzt schon die Form des Kompromisses. Er wird demokratisch und spezifisch indisch sein, also mit den Kasten, von den Kasten, für die Kasten. Denn neben der „Einheit in der Vielfalt“ steht auch immer die uneingestandene Maxime „Our chaos is our happiness“.

Literatur

- Andersen, Walter K.; Damle, Shridar D. (1987): *The Brotherhood in Saffron*. New Delhi: Sage.
- Arora, Balveer (2010): Governing Federal India. *Agir* 44, S. 23–32.
- Brass, Paul R. (1965): *Factional Politics in an Indian State: The Congress Party in Uttar Pradesh*. Berkeley: University of California Press.
- Brass, Paul R. (1990): *The New Cambridge History of India: The Politics of India Since Independence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Chatterjee, Partha (2003): Beyond the Nation? Or Within? In: Carolyn Elliott (Hg.): *Civil Society and Democracy: A Reader*. Oxford: Oxford University Press, S. 134–144.
- Das, Gurcharan (2006): The India Model. *Foreign Affairs* 85(4), S. 2–16.
- Elliott, Carolyn (Hg.) (2003): *Civil Society and Democracy: A Reader*. Oxford: Oxford University Press.
- Elliott, Carolyn (2012): Political Society, Civil Society and the State in India: An Ethnographic Narrative of the 2009 Assembly Election in Andhra Pradesh. *Asian Survey* 52(2), S. 348–372.
- Forrester, Duncan B. (1968): Electoral Politics and Social Change. *Economic and Political Weekly* 3(26–28), S. 1075–1094.
- Gottschlich, Pierre (2009): Die Parlamentswahlen 2009 in Indien. *Internationales Asienforum* 40(3–4), S. 221–253.
- Gowda, Rajeev et al. (2007): Parties and the Party System, 1947–2006. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 3–25.
- Hardgrave, Robert L. (1975): *India: Government and Politics in a Developing Nation*. 2. Auflage. New York / Chicago / San Francisco / Atlanta: Harcourt, Brace and Jovanovich.

- Jaffrelot, Christophe (2007): Caste and the Rise of Marginalized Groups. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 67–88.
- Jaffrelot, Christophe / Verniers, Gilles (2011): Renationalization of India's Party System or Regionalism and Ethnicity? *Asian Survey* 51(6), S. 1090–1112.
- Jenkins, Rob (2007): Civil Society versus Corruption. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 161–175.
- Joseph, Tinu (2010): Health of the People – as Perceived by Policies in India. *Agir* 44, S. 139–150.
- Kale, Sunila (2007): The State of the States. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 209–226.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Hg.) (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.
- Luce, Edward (2006): *In Spite of the Gods: The Strange Rise of Modern India*. London: Little, Brown & Co.
- Manor, James (1991): Parties and the Party System. In: Atul Kohli (Hg.): *India's Democracy: An Analysis of Changing State-Society Relations*. Hyderabad: Orient Longman, S. 62–98.
- Manor, James (1992): The State of Governance. In: Subroto Roy / William E. James (Hg.): *Foundation of India's Political Economy*. New Delhi: Oxford University Press, S. 37–59.
- Manor, James (Hg.) (1994): *Nehru to the Nineties: The Changing Office of Prime Minister in India*. London: C. Hurst.
- Morris-Jones, Wyndraeth H. (1967): *The Government and Politics of India*. New York: Doubleday.
- Rieger, Hans (2001): Die Privatisierung der Staatsunternehmen: Das Disinvestment-Disaster. In: Werner Draguhn (Hg.): *Indien 2001: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Übersee-Institut, S. 319–332.
- Rösel, Jakob / Gottschlich, Pierre (2007): Kritiker, Gegner, Nutznießer: Die Rahmenbedingungen des ökonomischen Globalisierungsprozesses in Indien. In: Yvonne Bemerburg / Arne Niederbacher (Hg.): *Die Globalisierung und ihre Kritik(er)*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 94–113.
- Rösel, Jakob / Gottschlich, Pierre (2008): *Indien im neuen Jahrhundert: Demokratischer Wandel, ökonomischer Aufstieg und außenpolitische Chancen*. Baden-Baden: Nomos.
- Rösel, Jakob (1994): Indien – Die demokratischen Erfahrungen eines Subkontinents. In: Heinrich Oberreuter / Heribert Weiland (Hg.): *Demokratie und Partizipation in Entwicklungsländern*. Paderborn / München / Wien / Zürich: F. Schöningh, S. 67–80.
- Rösel, Jakob (1997): *Die Gestalt und Entstehung des Tamilischen Nationalismus*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Rösel, Jakob (1999): Nationalismus, Filmindustrie und Charisma in Tamil Nadu: Entstehung und politische Einbindung einer tamilischen Autonomiebewegung in Südindien. In: Werner Draguhn (Hg.): *Indien 1999: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Übersee-Institut, S. 65–91.

- Singh, Khushwant (2009): *A History of the Sikhs, Volume II*. New Delhi: Oxford University Press.
- Sinha, Aseema (2007): Economic Growth and Political Accommodation. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 195–208.
- Smith, David (2008): *The Dragon and the Elephant: China, India and the New World Order*. London: Profile Books.
- Sonntag, Julia (2013): Die indische Demokratie und ihr Konflikt mit den Naxaliten: Ein Kampf gegen die eigenen Prinzipien? *Internationales Asienforum* 44(3–4), S. 299–324.
- Varshney, Ashutosh (1998): *Democracy, Development, and the Countryside: Urban-Rural Struggles in India*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Verma, Arvind (2007): Police Agencies and Coercive Power. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 121–142.
- Wilkinson, Steven (2004): *Votes and Violence – Electoral Competition and Ethnic Riots in India*. New York: Cambridge University Press.
- Wilkinson, Steven (2007): Reading the Election Results. In: Sumit Ganguly; Larry Diamond; Marc F. Plattner (Hg.): *The State of India's Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 26–44.